

## **Der Verteilungskampf ums liebe Geld prägt die Wintersession**

*Die internationale Mobilität bei der Bildung wird mit „Erasmus plus“ gewährleistet. Ein Alleingang der Schweiz ist ein fahrlässiges Spiel mit der Zukunft unserer Jugend.*

Internationale Mobilität in der Bildung beschäftigt den Nationalrat zu Beginn der Wintersession. Die Verhandlungen zur Vollassoziierung von „Erasmus plus“ wurden wegen der Masseneinwanderungsinitiative sistiert. Es kam eine Notlösung als Alleingang zustande, die der Bundesrat nun aus Kostengründen weiterführen will. Die Universitäten haben zwar versucht einen gangbaren Weg zu finden, doch allein die ETH musste 250 Verträge aushandeln. In der Berufsbildung bleiben wichtige Kooperationsprojekte auf der Strecke und auch die Jugendverbände ziehen keine positive Bilanz. Es ist zu hoffen, dass das Parlament schnellstmöglich Verhandlungen zur Vollassoziierung von „Erasmus plus“ fordert und damit allen Jugendlichen wertvolle Auslandserfahrungen ermöglicht.

Die Berufsbildung wird vom Bundesrat oft knausrig behandelt. Die Schweiz hätte die Berufsweltmeisterschaften WorldSkills 2018 in Basel durchführen können, ein Wettbewerb, der das Image der Berufsbildung im In- und Ausland stärkt. Doch der Bundesrat hat die dazu notwendigen 30 Millionen Franken aus Kostengründen nicht bewilligt. Gleichzeitig ist aber offenbar genug Geld für eine milliarden schwere Winterolympiade 2026 vorhanden. Damit die Schweiz sich wenigstens für die Berufsweltmeisterschaft 2020 als Gastgeberin zur Verfügung stellen kann, braucht es nun den Druck des Parlaments.

In dieser Session werden die Weichen für drei sportliche Grossanlässe gestellt: die olympischen Jugendspiele 2020 in Lausanne, die Eishockey-Weltmeisterschaft 2020 sowie die Winteruniversiade 2021 in Luzern. Diese Anlässe sind kaum umstritten. Der olympische Gedanke wird bei den Jugendspielen im Zentrum stehen: Höchstleistung, Freundschaft und Respekt soll zu mehr Frieden auf der Welt führen. Bezüglich Umwelt und soziale Verträglichkeit will die Schweiz neue Standards setzen. Die Jugendspiele könnten damit für die umstrittene Olympiade „Sion 2026“ wegweisend sein. Doch das IOC ist noch nicht zum Umdenken bereit. Gigantismus kommt vor dem olympischen Gedanken! Solange das IOC keine verbindlichen Richtlinien für Nachhaltigkeit durchgesetzt und die Bevölkerung am Ende auf den hohen Kosten für Infrastruktur und Sicherheit sitzenbleibt, wird die Olympiakandidatur kaum eine Volksabstimmung überstehen.

Der Voranschlag 2018 wird bis zum letzten Tag der Session zum Pingpong zwischen Ständerat und Nationalrat. Der Bundesrat präsentiert ein Sparbudget. Eine Milliarde Franken wurden bereits aus dem Voranschlag gestrichen. Die bürgerliche Mehrheit will aber noch weiter gehen. Zwar bewilligt sie für Armee, Landwirtschaft und neue Strassen zusätzliches Geld, doch bei der internationalen Zusammenarbeit, der Bahninfrastruktur und beim Bundespersonal will sie massiv kürzen. Tausend Bundesstellen sollen gestrichen werden. Das geht nicht ohne Entlassungen und Sozialplan. Groteskerweise soll auch bei der Steuerverwaltung

abgebaut werden. Jede Stelle in diesem Bereich generiert Einnahmen, denn nur so können Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufgedeckt werden. Dem ehrlichen Steuerzahler stösst dieses Vorgehen mächtig auf. Die Steuergerechtigkeit und Transparenz wird im Parlament aber auch wegen der Paradise Papers noch viel zu reden geben. Die Schweiz als wichtige Drehscheibe im internationalen Rohstoffhandel muss bezüglich Ausbeutung armer Länder mehr Verantwortung übernehmen.

25.11.2017, Martina Munz